

GRINDO

GRÜNE in Dortmund

DIE GRÜNE OASE IM HERZEN DER GROSSEN STADT

Nr.10
Februar
2011



Liebe LeserInnen,



Stellt euch vor:

Wir haben uns DAGEGEN entschieden, in unserer alten Geschäftsstelle zu bleiben. Wir haben uns auch GEGEN die ersten Angebote entschieden, die wir besichtigten. Und wir hatten Gründe FÜR alle „DAGEGEN“: Wir wussten, was wir wollten: Platz FÜR drei Büros und die GRÜNE Jugend. Genügend Raum FÜR normale Versammlungen.

In der Innenstadt sollte es sein, in der Nähe des Bahnhofs und selbstverständlich barrierefrei.

Und deshalb haben wir uns FÜR die Räume am Königswall/Ecke Gnadenort entschieden.

Das erste GRÜNE Büro, das ich in Erinnerung habe, lag in der Wilhelmstraße, eine düstere Höhle – vollgestopft mit Informationsmaterial, gegen alles Mögliche und für das, was wir GRÜNE noch heute als unabdingbar für eine lebenswerte Zukunft ansehen. In der Viktoriastraße haben wir noch gestritten, ob wir Computer anschaffen – wenn wir heute in die Sitzungen der Ratsfraktion kommen, gibt es kaum jemanden, der kein Notebook vor sich hat. Dann zogen wir in die Scharnhorststraße, in den Norden, mit viel Raum zum Tagen, einem kleinen Garten (besonders für die RaucherInnen) und einer Bude nebenan, die uns mit Getränken aller Art versorgte. DAGEGEN hatte die Ruhrallee weniger Charme, DAFÜR lag sie aber wesentlich sichtbarer. Jetzt platzte sie aber aus allen Nähten – weshalb wir uns DAGEGEN entschieden haben (siehe oben).

Stellen wir uns vor: Da sitzen im Spätherbst einige Regierungspolitiker in einer Kneipe und überlegen, wie sie die

GRÜNEN in der Öffentlichkeit diffamieren können und kommen zu dem Schluss, dass die GRÜNEN GEGEN alles sind, was ihnen lieb und wert ist. Ist etwas schlicht, aber sie haben einen griffigen Slogan, den sie von Stund an wie ein Mantra verblasen: die DAGEGENpartei, und noch einmal, so lange, bis selbst bei uns sich einige davon ertappt fühlen.

Warum hatten wir uns gegründet? Weil wir FÜR alles waren, was in unserer Gesellschaft so lief? Wohl kaum, wir hätten es lassen können. Wir waren schon immer GEGEN Atomkraft, aber wir streiten schon lange FÜR zukunftsfähige Alternativen.

Und was den Steag-Ankauf betrifft: Wir sind FÜR kommunale Energieversorgung, aber DAGEGEN, dass diese durch schrott-reife Kraftwerke und auch nur ansatzweise durch Atomstrom geschieht. Wir sind in diesem Sinne FÜR belastbare Verträge für die Zukunft, aber auch DAFÜR, dass die Kommunen sich wirtschaftlich nicht über den Tisch ziehen lassen (siehe Cross-Border-Leasing), wie es die vermutlich geschönten Bilanzen der Steag vor dem Verkauf vermuten lassen ...

Und da sind wir, auch wenn es etwas hinkt, wieder bei unserem neuen Büro: GEGEN etwas zu sein hat nichts mit Fundamentalopposition zu tun. Alternativen zu haben aber ist die Triebfeder jeder politischen Entwicklung. Und zu unseren Alternativen stehen wir.

In diesem Sinne allen ein gutes und gesundes 2011 – und einen guten Start auch FÜR unser neues Büro.

Hilke Schwingeler

Hilke Schwingeler
Sprecherin des Kreisverbands Dortmund



Echt schräg	
Vorwort: Hilke Schwingler Sprecherin des Kreisverbands Dortmund	2
Heitere Nacht gegen den Castor	
Stefan Neuhaus und Uli Langhorst waren bei der Sitzblockade von „X-tausend mal Quer“ vor dem Zwischenlager Gorleben	4 - 5
Wie im falschen Film	
Haushaltsberatung 2011	6 - 7
Jetzt ist es passiert:	
Längere Betriebszeiten am Dortmunder Flughafen	7
Regieren mit einer Minderheit: Das geht!	
Brief aus Düsseldorf	8 - 9
30 Jahre GRÜNE In Dortmund	
Heute: Hans-Georg Schwinn	10
Markus macht mobil	
für barrierefreie Bahnhöfe in NRW	11
JUNG, GRÜN, STACHLIG	
GRÜNE Jugend Dortmund	12
Barrierefreies Internet	13
Raum für bundespolitische Themen	
Neue AG Bundespolitik	13
Auftrag 2011 oder der Dafür-Parteitag	
Bundesdelegiertenkonferenz	14
Frischer Ortsverband im Süden	
Die GRÜNEN in Hörde	15
Beitrittserklärung	15
Termine, Kontakte & Impressum	16

STEFAN NEUHAUS UND ULRICH LANGHORST WAREN BEI DER SITZBLOCKADE VON „X-TAUSEND MAL QUER“ VOR DEM ZWISCHENLAGER GORLEBEN

HEITERE NACHT GEGEN DEN CASTOR

GORLEBEN

Im November des letzten Jahres fand der inzwischen zwölfte Transport von hochradioaktivem Atommüll nach Gorleben im Wendland statt. Damit lagern im oberirdischen Zwischenlager mittlerweile 102 Castor-Behälter. Zu Recht befürchten die BewohnerInnen des Landkreises Lüchow-Dannenberg, dass Gorleben damit faktisch auch zum Endlager wird – obwohl seit Jahrzehnten bekannt ist, dass der dafür vorgesehene Salzstock denkbar ungeeignet ist.

Das Salz hat unter anderem direkten Kontakt zum Grundwasser. Jeder Castor-Transport nach Gorleben erhöht die Gefahr, dass der unsichere Salzstock schließlich doch mit Atommüll befüllt wird. Die Asse hat gezeigt, wozu das führt.

► Es gibt zwei Grundregeln für den Zeitpunkt von Castor-Transporten: Sie finden nie im Frühling oder Sommer statt. Und nie an Wochenenden. Denn schließlich wollen die politisch Verantwortlichen und die Polizei den Atomkraft-GegnerInnen eine Teilnahme an den Widerstandsaktionen möglichst schwer und unangenehm machen.

Die Strategie ging einmal mehr nicht auf. Im Gegenteil. Nie waren es so viele Menschen, die in den Tagen vor, aber auch unmittelbar beim Transport auf vielfältige Weise gegen die Atommüll-Transporte nach Gorleben demonstrierten und friedlich zivilen Ungehorsam leisteten.

Ein Grund dafür war mit Sicherheit die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Auch für uns, als wir uns Montagmittag gemeinsam mit mehreren AktivistInnen aus dem Sauerland auf den Weg nach Gorleben machten – ausgestattet mit warmen Pullovern, Regenjacken, Schlafsäcken und ausreichend Verpflegung. Unser Ziel: Die Sitzblockade von X-Tausend-mal-Quer direkt auf der Straße vor dem atomaren Zwischenlager. Mitten im Wald zwischen Gorleben und Gedelitz.

Wir sollten unser Ziel allerdings erst viel später erreichen als geplant. Dafür sorgten die Blockaden der Bäuerlichen

Notgemeinschaft, die auch jenseits der eigentlichen Transportstrecke der Castoren alle wichtigen Kreuzungen im Landkreis Lüchow-Dannenberg mit Traktoren zugesperrt hatten. Ein erstes beeindruckendes Zeichen für den Widerstand großer Teile der Bevölkerung gegen die Atomtransporte.

Die unzähligen Blockaden sollten es in erster Linie der Polizei erschweren, ausreichend Nachschubkräfte nach Gorleben zu bringen. Aber auch wir als GegendemonstrantInnen mussten uns deshalb in tiefer Dunkelheit auf Nebenwegen zur Blockade durchschlagen. Dort erwartete uns vor dem Zwischenlager allerdings ein beeindruckendes Bild. Bereits seit vielen Stunden saßen dort mehrere tausend Menschen auf der Straße. Zum Schluss sollten es mehr als 5000 Frauen und Männer, junge und ältere DemonstrantInnen werden.

Im größten Strohbett der Republik

Allen war klar: Es wird kalt und feucht, und in der Nacht steht die Räumung der Straße durch ein massives Polizeiaufgebot an. Aber die Stimmung war geprägt von einer bunten, friedlichen und gelassenen Entschlossenheit. Dazu trug auch die hervorragende Infrastruktur durch die OrganisatorInnen der Blockade bei:



Die Bauern der Bäuerlichen Notgemeinschaft hatten Unmengen von Stroh an der Strecke abgekippt. So wurde die Straße für eine Nacht zum größten Strohbett der Republik. Ein kleine, aber äußerst wirksame Hilfe gegen die Kälte von unten.

Dazu kamen Lagerfeuer, Suppenküchen, Verpflegungsstände und nicht zuletzt die ständige gute Information über Lautsprecher zum Stand der Dinge und zum Vorgehen der Polizei. Ein zusätzlicher wichtiger Bestandteil war die basisdemokratische Organisation der Blockade. In so genannten Nachbarschaftstreffen trafen sich während der Nacht in regelmäßigen Abständen die von den einzelnen Blockade-Gruppen bestimmten SprecherInnen, um sich über der Stand der Dinge auszutauschen und das Verhalten der unterschiedlichen Gruppen während der Räumung abzustimmen. In unserer sechsköpfigen Gruppe hatten wir festgelegt, dass wir einer Aufforderung der Polizei zum Verlassen der Straße nicht Folge leisten werden. Wir würden uns wegtreten lassen.

Erst höflich, dann schmerzhaft

Dazu kam es erst am frühen Morgen, nach einer kalten und feuchten Nacht. Dreimal hatte die Polizei uns aufgefordert, die Straße zu verlassen. Dreimal hatte darauf natürlich niemand reagiert.

Positiv waren die Absprachen der Organisatoren der Blockade mit der Polizei: Die Polizisten räumen ohne Helm, solange die Räumung friedlich bleibt. Eine Absprache, die merklich zur Deeskalation und friedlichen, ja fast schon gelassenen Räumung der Straße beitrug.

Leider änderte die Polizei wenige Meter vor unserer Räumung ihre Taktik und schickte ein verummtes und resolutes Sondereinsatzkommando der Bundespolizei auf die Straße. Mit großer körperlicher Gewalt räumte sie die Blockadereihen ab. Wo vorher die Polizei friedlich die DemonstrantInnen wegtrug, kam bei uns die Ansage: „Gehste freiwillig? Ansonsten tut's weh!“ Was dann kam, war das absichtliche Zufügen von Schmerzen, ohne dass wir der Polizei irgendeinen Anlass dazu gegeben hätten. Was dieser zwischenzeitliche Einsatz von gewaltbereiter Bundespolizei bei einer absolut friedlichen Demonstration sollte, bleibt ein Rätsel.

Unser Fazit

Durch die Aktionen und Blockaden ließ sich der Transport der Castoren letztendlich nicht verhindern. Das war klar. Wichtiger waren deshalb die politischen Botschaften: Der Widerstand gegen die Transporte und gegen die lobbyistische Atompolitik der Bundesregierung ist nicht nur stark und ungebrochen, sondern er wächst weiter. Und durch die Tatsache, dass der Protest und die Blockaden friedlich waren, konnte in der öffentlichen Diskussion um die Transporte nicht mit einer Gewalt-Debatte vom eigentlichen Thema abgelenkt werden. Und das heißt:

Raus aus der unverantwortlichen Atomkraft. So schnell wie möglich.

Ulrich Langhorst ist GRÜNES Mitglied im Rat der Stadt Dortmund, Stefan Neuhaus ist Geschäftsführer der Ratsfraktion

6. NOVEMBER 2010: DER „HEISSE ANTI-ATOM-HERBST“ GEHT WEITER

50 000 Menschen nahmen in Gorleben an einer Kundgebung gegen den von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Ausstieg aus dem Atomausstieg teil. Dieser ausdrucksstarke Protest war geprägt von unzähligen einfallsreichen Plakaten, bunten Kostümen, Musikern und Walking Acts – es war sehr lebendig, vielseitig und friedlich.

Nicht nur in Gorleben zeigte sich deutlich, dass der Protest alle Altersstufen und Bevölkerungsschichten vereint. Sehr positiv ist – auch aus GRÜNER Sicht –, dass die unverantwortliche und undemokratische Politik der aktuellen Bundesregierung nicht schweigend und politikverdrossen hingenommen wird, sondern durch die aktive Beteiligung vieler Menschen an Debatten, Kundgebungen und Demonstrationen beantwortet wird.

Katja Bender ist Beisitzerin im Kreisvorstand

WIE IM FALSCHEN FILM HAUSHALTSBERATUNG 2011



So richtig hatte keiner damit gerechnet: CDU und SPD winkten im Dezember den Haushalt 2011 durch. Ganz in der Art einer großen Koalition. Selbst Änderungsanträge mit gegensätzlichen Meinungen stellten keine große Hürde dar.

► Während Ulrich Monegel für die CDU-Fraktion den nachdenklichen Sparkommissar mimte, trat Ernst Prüsse für die SPD-Fraktion nach dem Motto „Jeder soll bedient werden“ als Weihnachtsmann auf: Hier wünscht man sich die Wiederbesetzung von offenen Stellen im Ordnungsamt, da sollen Fachkräfte für die vakanten Stellen bei den Bürgerdiensten gefunden werden. Die freiwillige Feuerwehr soll ein neues Feuerwehrgerätehaus in Asseln erhalten und der Zoo eine neue Anlage für die Robben. Die Sportvereine werden mit neuen Kunstrasenplätzen beglückt, und das Freibad Stockheide ist zu sanieren. Nicht zu vergessen: die neuen Toilettenanlagen in den Dortmunder Parks. Sozusagen das gesamte Arsenal an unerfüllten Wünschen. Selbstverständlich ohne jeden Finanzierungsvorschlag.

Demgegenüber lässt die CDU-Fraktion zumindest in Ansätzen das Bemühen um eine Konsolidierung des städtischen Haushalts erkennen, auch wenn der eine oder der andere Vorschlag aus der Klamottenkiste stammt. Eine Haushaltsbegleitkommission soll die Konsolidierung richten. Hatten wir schon einmal. Gebracht hat das allerdings wenig. Einerseits will die CDU-Fraktion 48 zusätzliche (!) Personalstellen im Ordnungsamt bereitstellen, andererseits sollen alle Fachbereiche ihre Personalkosten bis 2015 um 10 Prozent reduzieren. Wie dies funktionieren soll, darüber ließ CDU-Fraktionschef Ulrich Monegel den Rat tunlichst im Unklaren – ganz besonders angesichts des unstrittigen Ausbaus der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren und der damit einhergehenden Personalausweitung. Dass auch in

anderen wichtigen Bereichen wie Kinder, Jugend, Schule, Soziales nachgesteuert werden muss: Fehlanzeige bei der CDU-Fraktion. Den großen Befreiungsschlag schließlich soll Personaldezernent und Oberbürgermeister Ulrich Sierau bringen – über ein Personal- und Organisationsentwicklungskonzept, welches allerdings bis zum heutigen Tage nicht vorliegt. Damit hat die CDU den Bock zum Gärtner gemacht – denn die Stellenausweitungen im Amt des Oberbürgermeisters sprechen für sich.

Kommen wir zum GRÜNEN Haushaltsantrag: Ein Drei-Klang zeichnet diesen aus, und zwar unter den Stichworten:

• WO KÖNNEN WIR SPAREN?

• WO KÖNNEN WIR ZUSÄTZLICHE EINNAHMEN ERZIELEN?

• UND WO SOLLTE NACHGEBESSERT WERDEN?

AUSGABEN können wir reduzieren

- + durch ein überfälliges Personal- und Organisationskonzept,
- + durch eine kritische Bestandsaufnahme der städtisch genutzten Immobilien,
- + durch eine Neustrukturierung der Bezirksverwaltungsstellen und anderer Verwaltungsstellen in den Stadtbezirken,
- + mit einer Reduzierung bzw. Streichung der Zuschüsse für Traditionskirmessen, für die städtische Kantine oder aber beim weihnachtlichen Fichtengesteck auf dem Hansamarkt.

ZUSÄTZLICHE EINNAHMEN

können wir erzielen

- + über die bereits von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf 490 v. H. mit rund 12,8 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen
- + sowie einer Erhöhung der Ausschüttungen von der Sparkasse von derzeit 2,0 auf 4,5 Millionen Euro,
- + durch eine gesteigerte Gewinnabführung der Dortmunder Stadtwerke von derzeit 5,8 auf 7,0 Millionen
- + sowie eine Einbeziehung von beruflich bedingten Übernachtungen im Zuge der Bettensteuer.

NACHBESSERUNGEN sind erforderlich

- + im Zuge der Fachraumsanierung an Dortmunder Schulen (plus 500 000 Euro),
- + bei der Kofinanzierung der vierten Stelle für das Frauenhaus (plus 60 000 Euro),
- + bei der Beibehaltung der Haushaltsmittel für den Masterplan Integration (plus 100 000 Euro),
- + mit einer Aufstockung der Schuldenberatung von 216 000 Euro auf 300 000 Euro,
- + über eine haushaltsneutrale Ausweitung der Öffnungszeiten für die Seniorenbüros von derzeit 20 auf 40 Wochenstunden
- + sowie für die Ausweitung der Tagespflege durch das Konzept „Kinderstuben“
- + oder aber die finanzielle Unterstützung des Projektes „Neuer Lernort“ des Freien Bildungswerkes in Scharnhorst für lernschwache Schüler mit 50 000 Euro.

Alles Vorschläge, die entweder die CDU-Fraktion oder die SPD-Fraktion ablehnten – wenn sie nicht gemeinsam dagegen stimmten.

Stattdessen beschlossen SPD und CDU, das Rathaus zu verkaufen (plus 31 Millionen Euro) und städtische Grundstücke

in Wickede am Osterschleppweg zu veräußern (15 Millionen Euro), sowie für 26,9 Millionen Euro städtische Immobilien und Grundstücke an den Eigenbetrieb „Sport- und Freizeitbetriebe“ zu übertragen. Eine nachhaltige Finanzwirtschaft sieht anders aus. ●

Mario Krüger ist Sprecher der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus und Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss.

JETZT IST ES PASSIERT:

LÄNGERE BETRIEBSZEITEN AM DORTMUNDER FLUGHAFEN

► Es wächst zusammen, was zusammen gehört. Unter dieser Prämisse einigten sich CDU und SPD auf eine Ausweitung der Betriebszeiten am Dortmunder Flughafen auf 23:00 Uhr plus einer 30-minütigen Verspätungsregelung. Auch der vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Ernst Prüsse vor einigen Monaten noch vehement geforderte Bürgerentscheid spielt bei den Beschlüssen von SPD und CDU nun keine Rolle mehr. Das macht im Nachhinein noch einmal mehr als deutlich, dass die damalige Forderung nach einer demokratischen Einbeziehung der BürgerInnen nichts weiter war als ein taktisches Mittel, um zu einer Einigung mit der CDU zu

kommen. So viel zur SPD-Auffassung von Bürgerentscheiden. Auch wenn es formal zwei Anträge waren, inhaltlich gab es letztendlich doch nur einen. Nur vor einem gemeinsamen Briefkopf haben CDU/SPD sich dabei noch ein wenig geziert.

Verbal blinkt die CDU ständig nach wechselnden Mehrheiten – um dann an den entscheidenden Stellen in den letzten Monaten doch wieder in die große Koalition abzubiegen.

Mit Rücksicht auf die CDU-Fraktion wurde die Forderung der SPD-Fraktion

auf eine Verlängerung der Start- und Landebahn auf 2 300 Meter noch einmal verschoben. Das wird den BürgerInnen nicht verborgen bleiben. Auszubaden haben diese Entscheidungen die lärmgeplagten AnwohnerInnen in den Stadtbezirken Aplerbeck, Brackel, Hombruch und Hörde. Inwieweit die Beschlüsse der Dortmunder CDU/SPD-Koalition sich mit den anders lautenden Absichten der rot-grünen Landesregierung bzw. mit dem NRW-Koalitionsvertrag vereinbaren lassen, wird das zwischenzeitlich eingeleitete Planfeststellungsverfahren zeigen. ●

Mario Krüger



DANIELA SCHNECKENBURGER,
BRIEF AUS DÜSSELDORF

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit ziemlich genau fünf Jahren fahre ich nun auf Schienen kreuz und quer durch NRW, im Gepäck unser gemeinsames politisches Angebot an die Menschen im Land, das bei der letzten Landtagswahl auf deutlich mehr Zustimmung stieß als in der Vergangenheit. Unser Erfolg bei der Landtagswahl hat dazu geführt, dass wir in Düsseldorf nun eine große neue Fraktion haben, die zupackend ihre Aufgabe als Regierungskoalition angenommen hat. Oder, um es mit den Worten eines lakonischen Sauerländers zu sagen: Partei gut, Fraktion gut, Umfragen gut.

In der neuen grünen Landtagsfraktion bin ich stellvertretende Fraktionsvorsitzende geworden, inhaltlich zuständig für Wirtschaft, Bauen und Wohnen – Politikbereiche, in denen es zentral darum geht, unseren „green new deal“ für NRW umzusetzen. Ich leite darüberhinaus den Arbeitskreis III für Klima, Energie, Eine-Welt, Landwirtschaft, Verkehr, Wirtschaft und Bauen. Ich bin Mitglied im Wirtschaftsausschuss, im Bau- und Verkehrsausschuss, sowie im Kommunalausschuss. Darüber hinaus arbeite ich im Aufsichtsrat der Investitionsbank NRW Invest, im Beirat für Wohnraumförderung der NRW BANK und im Kuratorium der LEG NRW Mieter-Stiftung.

Ab Februar wird noch eine neue Aufgabe auf mich zukommen, auf die ich mich auch sehr freue: Die Arbeit der Enquetekommission des Landtages, die sich mit dem Umgang mit Immobilienbeständen befasst, die von „Heuschrecken“ aufgekauft wurden. Ein Problem, das nicht zuletzt Dortmund schon beschäftigt und in Zukunft wohl noch mehr beschäftigen wird. Insgesamt also ein spannendes Aufgabenfeld, in dem zentrale Zukunftsfragen für das Land entschieden werden.

REGIEREN MIT EINER MINDERHEIT: DAS GEHT!

Unsere Rahmenbedingung ist bekannt – leider haben SPD und GRÜNE die absolute Mehrheit bei der Landtagswahl knapp verpasst.

Eine Minderheitsregierung in einem so wichtigen Land wie NRW ist politisches Neuland. Die anfängliche Skepsis in der Politikwissenschaft – „das hat keine Tradition in Deutschland“ – ist einer wohlwollenden Begleitung durch Presse und Politikwissenschaft gewichen. Denn: Das Modell Minderheitsregierung ist bislang sehr erfolgreich unterwegs. Noch hat rot-grün keine Abstimmung verloren, die Stimmungslage innerhalb der Landesregierung ist gut, die Fraktionen von SPD und GRÜNEN arbeiten reibungslos zusammen, die beiden Frauen an der Spitze des Landes machen politisch „bella figura“ – kurz: NRW hebt sich sehr wohlthuend von der Streitkoalition auf Bundesebene ab. Bei uns steht die gemeinsame Arbeit für das Land, nicht die jeweilige Profilierung der Koalitionspartner im Vordergrund.

Dennoch läuft es auch hier nicht völlig reibungslos. Die bisher größte Schwierigkeit ist die einstweilige Verfügung des Landesverfassungsgerichts gegen den Nachtragshaushalt. Aber: Der Nachtragshaushalt trägt noch nicht die politische Handschrift von SPD und GRÜNEN.

Erst mit dem Haushalt 2011 steht der Finanzrahmen für die Politik von SPD und GRÜNEN zur Verfügung. Das wird auch der Zeitpunkt sein, an dem die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und Linke in NRW an den Scheideweg gelangen. Sachgerechte Verhandlungen über eine Mehrheit für den Haushalt 2011 oder Blockade im Landtag – das ist die Alternative, die zur Entscheidung steht. Eine Blockade würde dabei zwangsläufig zu einer Situation führen, in der die Wählerinnen und Wähler über den weiteren Weg in NRW befragt werden müssten.

FÜR DORTMUND

Was darf eine Stadt wie Dortmund vom Land erwarten? Zunächst eine Politik, die keine Lasten mehr auf Kommunen im Strukturwandel verschiebt, um ihre eigene Haushaltsbilanz aufzuhübschen, wie dies Schwarz-Gelb getan hat. Sondern im Gegenteil eine Politik, die Städten wie Dortmund wieder Luft zum Atmen verschafft, indem das Land eine angemessene Finanzausstattung für übertragene Aufgaben zur Verfügung stellt und den Städten mit einem Altschuldenfonds eine Entschuldungshilfe zur Verfügung stellt. Erste Schritte dazu haben wir bereits im Nachtragshaushalt verankert, indem Mittel, die die Kommunen mit einer Klage gegen Schwarz-Gelb vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster erstritten haben, in den Nachtragshaushalt eingestellt wurden.

Ein wichtiger Punkt für Dortmund und die Menschen, die im Dortmunder Süden wohnen, ist der drohende Ausbau des Dortmunder Flughafens – ein Thema, das ich eng begleitet habe und weiterhin begleiten werde, zumal der Koalitionsvertrag an dieser Stelle eine klare Sprache spricht: Kein grünes Licht für Dortmunder Ausbaupläne aus Düsseldorf.

Eine kleine Anfrage zur PCB-Problematik an der Dortmunder Uni nimmt die Dortmunder PCB-Problematik auf.

FÜRS RUHRGEBIET

Das Kohlekraftwerk in Datteln, für das es nach einem Urteil des OVG Münster keinen rechtskräftigen Bebauungsplan mehr gibt, stand und steht weiterhin auf der politischen Agenda der Energiepolitik und auch der Region. Für uns GRÜNE gilt dabei, dass die wirtschaftlichen Interessen von Energiekonzernen nicht vor geltendem Recht, nicht vor Interessen der Umwelt und nicht vor den Interessen der AnwohnerInnen stehen dürfen.

Den Ankauf von 51 Prozent STEAG-Anteilen durch ein kommunales Konsortium haben wir mit der Formulierung von Bedingungen für den Ankauf in einem gemeinsamen Beratungsprozess von Landtagsfraktion und grünen Fraktionen im Ruhrgebiet begleitet. Dabei ist die Beteiligung der Kommunen an Steag in grünen Kreisen durchaus kritisch diskutiert worden. Im Ergebnis hat die Einschätzung überwogen, dass durch eine kommunale Beteiligung energiepolitische Steuerung im Ruhrgebiet möglich ist, inklusive eines Ausbaus von Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien, wichtige Bausteine im GRÜNEN Energiekonzept.

FÜR DIE WIRTSCHAFT

Ein erstes Projekt meiner Arbeit im Wirtschaftsbereich war das Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefortschrittsrechts, das im Dezember beschlossen wurde. Ziel des Gesetzes ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft und insbesondere der Stadtwerke in Zeiten deregulierter Märkte zu erhalten und wieder zu verbessern.

Das kommende Jahr wird unter anderem die Neufassung des Ladenschlussgesetzes bringen, denn das heutige Gesetz ist geprägt durch die „Privat-vor-Staat“-Philosophie der schwarz-gelben Vorgängerregierung und es höhlt den Sonn- und Feiertagsschutz stark aus. Bis zum Sommer soll das alte Gesetz genau evaluiert werden und daraus sollen Schlussfolgerungen für den Änderungsbedarf gezogen werden. Außerdem wird die Entwicklung eines EU-konformen, ökologischen und sozialen Tariftreue- und Vergabegesetzes die Arbeit bestimmen.

Ihr seht: Es gibt viel zu tun. Packen wir's an. Gemeinsam. Für Dortmund, für NRW!

Es grüßt euch herzlich,

Daniela

30 Jahre GRÜNE in Dortmund

Heute:
Hans-Georg
Schwinn

► Genau genommen kann ich gar nicht über 30 Jahre berichten. Denn ich bin zwar seit 30 Jahren politisch aktiv, bei den GRÜNEN arbeite ich aber erst seit 1984 mit. Mitglied wurde ich noch später. Vor meiner Dortmunder Zeit war ich im Kreisverband Birkenfeld in Rheinland-Pfalz dabei – soweit Studium und Nebenjobs das zuließen.

Die Achtziger Jahre waren auch im Südwesten eine bewegte und themenreiche Zeit; vielleicht waren auch einige von Euch bei den Friedensdemos im Hunsrücker Raketenwald dabei. Doch auch sonst mangelte es nicht an Themen.

Zum Beispiel beschäftigten wir uns mit der Naheüberbauung in Idar-Oberstein, einer städtebaulichen Todsünde. Auf die Nahe (die damals eher einer Industriekloake denn einem Fluss ähnelte) wurde eine vierspurige Autobahn gesetzt, die mit 20 Metern Länge und zwei Kilometern Breite von uns die „breiteste Brücke der Welt“ genannt wurde. Es war meines Wissens das erste Mal, dass es so etwas wie eine lokale Protestbewegung gab, nach langem Hin und Her letztendlich ohne Erfolg. Wobei man natürlich zugeben muss, dass die meisten Einwohner die Stadtautobahn damals unbedingt haben wollten. Aus meiner Sicht war die breiteste Brücke eine katastrophale Fehlinvestition, nicht nur wegen der üblichen Kostenexplosion bei Großprojekten, sondern weil die Einkaufsinfrastruktur der Innenstadt trotz einer großen und schönen Fußgängerzone bis heute immer mehr vor die Hunde geht. Man fährt in Idar-Oberstein – unter Nutzung der Stadtautobahn – wohl lieber auf die grüne Wiese zum Großeinkauf.

600 strahlende Fässer ohne Genehmigung

Erfolgreicher war die Öko-Bewegung bei der Urananlage Ellweiler, in der bis 1989 aus Uranerzen Vorprodukte für Brennstäbe hergestellt wurden. In die Schlagzeilen geriet die Anlage, als heraus kam, dass die Rückstände neben der Anlage offen in einer Schlammdeponie gelagert wurden und nicht unerheblich in die Umgebung strahlten. Zusätzlich geriet die Anlage unter Druck, als bekannt wurde, dass schon seit den Siebziger Jahren über 600 Fässer mit uranverseuchter Erde aus Belgien ohne Genehmigung dort lagerten. Doch obwohl die Strahlenbelastung schon 1980 festgestellt wurde, begann die Sanierung erst 1990. Ohne den Druck der Initiativen, Umweltverbände und der politischen Opposition hätte es noch länger gedauert. Das Ende der Geschichte: Der Betrieb entzog sich seiner Pflicht zur Sanierung durch Schließung; die GRÜNEN wurden als Verächter von Arbeitsplätzen und Wirtschaftsfeinde beschimpft.

Dafür, dass wir am A... der Welt lebten, gab es genügend Stoff für politische Arbeit vor Ort. Doch wir GRÜNE befanden uns in mehrfacher Hinsicht in einer schwierigen Situation. Trotz der SPD als der traditionell stärksten Partei waren (und sind) die meisten EinwohnerInnen ziemlich strukturkonservativ. Das „Protestpotenzial“ in Idar-Oberstein und Birkenfeld war dünn

gesät und zudem zerstritten und zersplittert. Die chaotischen GRÜNEN entwickelten sich eingezwängt zwischen einer sehr disziplinierten, aber Honecker-gläubigen DKP („die Atomkraftwerke in der DDR sind gut und völlig ungefährlich“) und einer Liste sogenannter „unabhängiger“ Bürger, die zwar die gleichen inhaltlichen Positionen wie wir vertraten, denen es aber wohl zu peinlich war, zu eng mit uns zusammen zu arbeiten. Diese seltsame Liste gibt es heute noch. Dazu kam noch, dass wir nicht mehr Leute zählten als ein Dortmunder Ortsverband heute – aber bis zu 40 Kilometer auseinander wohnten. Ein richtiger Teamgeist kam so nicht auf – aber vielleicht ist das auch nur mein persönlicher Eindruck, weil ich als einfaches Mitglied eher am Rand des Geschehens war.

„Hoffentlich hat niemand das Programm gelesen“

Um ehrlich zu sein, so richtig wohl habe ich mich in der Partei damals nicht gefühlt. Zu den zahlreichen Anfeindungen von außen gesellten sich häufig langatmige und unfruchtbare interne Diskussionen. An eine dieser Diskussionen kann ich mich noch gut erinnern. Bei der Formulierung unseres ersten Kommunalwahlprogramms wollte ich die Forderung nach „Abschaffung der Düngung“ so umformulieren, dass die (vermutliche) Intention, die Vorteile einer ökologischen Landwirtschaft darzustellen, auch für das Wahlvolk erkennbar wird. Natürlich habe ich verloren. Hoffentlich hat niemand das Programm gelesen.

Selbstverständlich liegt es mir fern, über die Birkenfelder GRÜNEN herzuziehen. Mittlerweile sind dort völlig andere Menschen aktiv und auch durchaus erfolgreich. Der GRÜNE Landratskandidat Thomas Petry hat 2010 ein Mario-Ergebnis von fast 12 Prozent eingefahren und (mittelbar) den alteingesessenen, arroganten SPD-Landrat völlig überraschend zu Fall gebracht.

Wahrscheinlich bin ich nicht der einzige „Alt-GRÜNE“, der sich an die ersten Jahre in der Partei mit eher gemischten Gefühlen erinnert. Vielleicht gehört es auch zu den Kinderkrankheiten einer neuen Partei, dass unterschiedliche Lebens- und Politikentwürfe aufeinander stoßen, und der weit verbreitete Anspruch, dass die eigene Position die einzig wahre und richtige ist, oft zu (vermeidbaren) persönlichen Konflikten führt. Ich trauere den alten Zeiten nicht besonders hinterher, im Gegenteil: Nie hat es mir soviel Spass bei den GRÜNEN gemacht wie heute.

Und für die nächsten 30 Jahre wünsche ich mir, dass es so bleibt. ●

Hans-Georg Schwinn ist Fraktionssprecher der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord.

Schreibt auf, was euch an GRÜNEN Erinnerungen einfällt und mailt uns eure Geschichten. Gern veröffentlichen wir eure Texte und eure Fotos.

MARKUS MACHT MOBIL

für barrierefreie Bahnhöfe in NRW

Viele große und kleine Bahnhöfe in NRW sind für Menschen mit Behinderungen nicht oder nur schwer zugänglich. Es fehlen Aufzüge, Rolltreppen, Blindenleitsysteme, Informationen in Leichter Sprache (für Menschen mit sogenannten „Lern“- oder „Geistigen“- Behinderungen), Informationen in Gebärdensprache und Induktionsschleifen für Menschen mit Hörbehinderungen. Barrierefreiheit nutzt allen Reisenden: Eltern mit Kinderwagen, älteren Menschen, Menschen mit vorübergehenden Mobilitätseinschränkungen und schließlich dient Barrierefreiheit auch der Sicherheit aller Reisender.

Das Negativbeispiel schlechthin haben wir mit dem Dortmunder Hauptbahnhof direkt vor Ort. Als behindertenpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion erreichten mich in den letzten Jahren immer wieder Beschwerden von Menschen mit Behinderungen über die Zustände an verschiedenen Bahnhöfen im Land. Trotz mehrerer Pressemitteilungen und Briefe an Bahnchef Grube hat sich nichts getan. Daher habe ich im letzten Jahr beschlossen, eine Kampagne für barrierefreie Bahnhöfe zu starten, um mehr Druck auf die Deutsche Bahn auszuüben.

Der Auftakt meiner Kampagne „Markus macht mobil“ fand am 21. Juli in Schwerte statt. Schwerte hat einen Bahnhof ohne Aufzüge, ohne Service und ohne Leitsysteme für blinde und sehbehinderte Menschen. Mit fast dreißig beteiligten Schwerter Bürgerinnen und Bürgern, Vertreter/innen des örtlichen Behindertenselbsthilfevereins „dabei“ (der arbeitskreis | behindert • engagiert • integriert) und Vertreter/innen der Schwerter GRÜNEN sowie der Presse war unsere Aktion ein großer Erfolg. Zur besseren Demonstration der fehlenden Barrierefreiheit ließ sich Thorsten Eisenmenger von „dabei“ mit seinem Rollstuhl auf einer Treppenraupe auf ein Gleis bringen. „dabei“ hatte schon zuvor über 2000 Unterschriften an die Deutsche Bahn übergeben. All diese Aktionen haben nun dazu geführt, dass der Bahnhofsumbau nun nicht wie ursprüng-

lich geplant erst 2013 beginnt, sondern schon in diesem Jahr! Bahnchef Grube hat mir dies noch im Dezember in einem persönlichen Gespräch zugesichert.

Die zweite Kampagnenaktion führte mich am 21. September nach Witten. Auch hier fanden sich wieder über 20 Beteiligte für die Aktion zusammen. In Witten ist bereits seit fast einem Jahr ein Aufzug defekt und das Bahnhofsgebäude generell in einem sehr schlechten Zustand. Trotz mehrerer Briefe, die ich gemeinsam mit den Wittener GRÜNEN, den GRÜNEN im Regionalverband Ruhr und der GRÜNEN Landtagsabgeordneten Verena Schäffer an Bahn und VRR geschrieben habe, tut sich in Witten bislang nichts. Im September 2010 schrieb die Bahn, dass der Aufzug erst 2011 ersetzt werden könnte. Im März dieses Jahres sind die Wittener damit ein Jahr ohne Aufzug am Bahnhof – ein unhaltbarer Zustand. Zwar werden zwei private Investoren nun das Gebäude übernehmen und sanieren, die Bahn ist damit jedoch nicht aus der Verantwortung für ihre Anlagen und Gleise genommen.

Meine bislang dritte Aktion fand am 21. Oktober in Dortmund statt. Auch hier waren wieder über zwanzig Aktive (Behindertenselbsthilfe, interessierte Bürger/innen, GRÜNEN, Presse) dabei. Anfang Januar 2011 bestätigte ein Bahnsprecher aus NRW, dass die Bahn im ersten halben Jahr einen Plan für einen gesamten Bahnhofsumbau



Markus Kurth mit Vertretern der Behindertenselbsthilfe aus Dortmund am Dortmunder Hauptbahnhof – hier gab es kein Weiterkommen

des Dortmunder Hauptbahnhofes vorstellen möchte. Ich werde diese Entwicklungen weiter verfolgen und mich für einen schnellen Umbaubeginn des 2. Bauabschnittes einsetzen. Schon oft genug haben sich die Pläne zum Umbau des Dortmunder Hauptbahnhofes in Luft aufgelöst.

Daher heißt es: Dran bleiben!

Wie wird die Kampagne weiter gehen? In diesem Jahr sind weitere Aktionen an Bahnhöfen in NRW und die Erstellung eines „Schwarzbuches Dortmunder Bahnhöfe“ geplant. Es gibt 43 kleinere Bahnhöfe in Dortmund – angeblich sind davon nur acht nicht stufenfrei erreichbar. Dies heißt aber noch nicht, dass sie barrierefrei sind! Und auch diese acht nicht zugänglichen Bahnhöfe sind dringend umbau- und sanierungsbedürftig!

Euer Markus Kurth

Eure Unterstützung ist gefragt!

Schildert mir die Situation an Eurem Bahnhof in Eurem Stadtteil! Die Berichte und Erfahrungen werden dann in das „Schwarzbuch Dortmunder Bahnhöfe“ einfließen.

Ich würde mich über Eure Mithilfe freuen!

Danke!

Markus Kurth ist Mitglied des Deutschen Bundestages





JUNG, GRÜN, STACHLIG

► **Wir sind die Jugendorganisation der GRÜNEN in Dortmund und unser Motto lautet: „Jung, GRÜN, stachlig.“ Wir sind aber nicht nur der Durchlauferhitzer für die GRÜNE Partei, wir begleiten die GRÜNEN viel mehr unterstützend, aber auch kritisch, wo es nötig ist. Unser zentrales Anliegen ist es Jugendliche in die Politik einzuführen, wobei das Ziel, Politik zum Beruf zu machen, nicht im Mittelpunkt steht.**

Unsere Arbeit setzt sich vor allem aus Aktionen, Bildungsveranstaltungen sowie der Vertretung nach innen zusammen. Die GRÜNE Jugend Dortmund ist Mitglied der GRÜNEN Jugend Ruhr, der GRÜNEN Jugend NRW und der GRÜNEN Jugend Deutschland. Bei den jeweiligen Landesmitgliederversammlungen

bzw. Bundeskongressen ist die GRÜNE Jugend Dortmund immer vertreten.

Wir wollen Politik machen, wie es in einer Demokratie sein sollte. Wir artikulieren durch öffentliche Aktionen wie dem World-Carfree-Day (siehe Foto) und durch die Teilnahme an Demonstrationen wie dem Bildungstreik unsere Meinung und vertreten dort unsere Positionen.

Hin und wieder veranstaltet die GRÜNE Jugend Dortmund auch politische Bildungsveranstaltungen in Form von Filmabenden oder Vorträgen zu bestimmten politischen Themen.

Auch die GRÜNE Jugend NRW und die GRÜNE Jugend Deutschland veranstalten regelmäßig Seminare zu bestimmten

Themen, an denen Mitglieder der GRÜNEN Jugend teilnehmen können.

Die GRÜNE Jugend Dortmund ist auch Mitglied im Ring Politischer Jugend (RPJ) Dortmund, einer Vernetzungsorganisation aller Parteijugenden von Parteien mit Fraktionsstatus im Stadtrat. Neben der GRÜNEN Jugend sind die Jusos der SPD, die Junge Union der CDU, die Linksjugend [solid] von der Linkspartei und die Jungen Liberalen der FDP vertreten.

Neben der Vernetzung erfüllt der RPJ noch eine andere wichtige Aufgabe: Er verteilt Fördergelder an die in ihm vertretenen Organisationen. Der RPJ ist neben den GRÜNEN unser wichtigster Geldgeber. ●

Simon Liederwald ist Mitglied der GRÜNEN JUGEND

WIR MACHEN UNS STARK FÜR EINE GERECHTERE UND ÖKOLOGISCHERE GESELLSCHAFT

- Zentrale Ziele in der Bildungspolitik sind die Einführung einer Schule für alle und die Abschaffung der Studiengebühren.
- In der Umweltpolitik geht es uns vor allem um den Ausbau erneuerbarer Energien und um den Atomausstieg.
- Außerdem kämpfen wir für bessere Arbeitsverhältnisse, einen gerechten Mindestlohn und die Abschaffung von Hartz IV.
- Ein zentrales Anliegen der GRÜNEN Jugend Dortmund ist der Kampf gegen den Neofaschismus. Dortmund entwickelt sich immer mehr zu einer westdeutschen Nazihochburg. Für uns ist es geradezu eine Pflicht, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Deshalb sind wir Mitglied des Bündnis Dortmund gegen Rechts und beteiligen uns an antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen.

Du willst mitmachen? Kein Problem, herzlich willkommen! Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:00 Uhr im Kreisverbandsbüro Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Königswall 8, Ecke Gnadenort 14, 44137 Dortmund

www.gruene-jugend-dortmund.de



Heinz Schröder

BARRIEREFREIES INTERNET

Unter einem „barrierefreien Internet“ verstehen wir Webangebote, die möglichst allen Nutzerinnen und Nutzern des Internets unabhängig von körperlichen oder technischen Einschränkungen zugänglich sind. Insbesondere für Menschen mit Beeinträchtigungen bietet das Internet umfassende Möglichkeiten zur Teilhabe an Information und Kommunikation.

► Markus Kurth, Dortmunder GRÜNER Bundestagsabgeordneter und behindertenpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion, setzt sich seit vielen Jahren für Barrierefreiheit im Internet ein und fordert: „Politisches Ziel muss es sein, die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in der digitalen Welt zu fördern. Dafür bedarf es eines Umdenkens und Veränderungen der technischen Strukturen, um dies umfänglich sicherzustellen.“

Die Dortmunder GRÜNEN arbeiten seit längerem an der barrierefreien Gestaltung ihrer Internetseiten, viele Auftritte wurden in den vergangenen Jahren überarbeitet. Zunächst hieß dies für die Homepages bestimmte Voraussetzungen in der Struktur, in der Schrift, im Design und in der Programmieretechnik zu schaffen. Zum Beispiel muss die Schrift im Browser vergrößerbar sein, ohne dass sich die Seitenstruktur verschiebt oder Spalten sich überlagern. Das Schriftbild muss klar strukturiert sein, Farben und Hintergründe dürfen die Schrift-

erkennung und Inhaltserfassung nicht erschweren.

Viele Menschen mit Einschränkungen der Sehfähigkeit erfassen den Inhalt einer Homepage mit einem Screenreader. Das sind Bildschirmleseprogramme, die Schrift in eine Sprachausgabe oder in tastbare Braille-Zeichen umwandeln. Die Nutzerinnen und Nutzer eines Screenreaders profitieren von einer speziellen Seitenprogrammierung, die es der Software ermöglicht, die unterschiedlichen Bereiche einer Internetseite zu erfassen und eine Orientierung zu ermöglichen. Da Screenreader nur Text erkennen, dürfen Inhalte nicht nur visuell in Form von Videos, Fotos oder Grafiken vermittelt werden; audiovisuelle Seitenelemente müssen durch Text-Äquivalente ergänzt werden.

Barrierefreier Online-Wahlkampf

Für die Wahlkämpfe in den Jahren 2009 und 2010 hatte der Kreisverband Dortmund erstmals ein barrierefreies „Wahl-

portal“ geschaffen. Bei der Kommunalwahl zum Beispiel wurden sämtliche Informationen der Dortmunder GRÜNEN digitalisiert, auf mögliche Barrieren überprüft und für den „barrierefreien Online-Wahlkampf“ angepasst. Das komplette Kommunalwahlprogramm wurde in der Online-Version für Screenreader optimiert, zusätzlich wurden eine gekürzte Audio-Version und eine Fassung in „einfacher Sprache“ zum Download eingestellt. Der Ortsverband Hombruch hatte seine „Video-Statements“ mit einer Textseite unterlegt.

Diese Erfahrungen werden in die nächsten Überarbeitungen des GRÜNEN Internets in Dortmund einfließen. Im Laufe dieses Jahres werden mehrere Ortsverbände ihre Webseiten für Screenreader optimieren. An einem neuen barrierefreien Eingangsportal „Die GRÜNEN in Dortmund“, abrufbar unter www.gruene-dortmund.de, wird derzeit gearbeitet. ●

Heinz Schröder betreut als Webmaster grüne-dortmund.de und andere grüne Seiten.

NEUE AG BUNDESPOLITIK: RAUM FÜR BUNDESPOLITISCHE THEMEN

► Egal, ob TV, Zeitung oder Internet – bundespolitische Themen bestimmen die Medienlandschaft und tragen so zur politischen Meinungsbildung bei. Kein Wunder also, dass viele Mitglieder der GRÜNEN über bundespolitische Themen zu den GRÜNEN gefunden haben.

Bislang existierte in Dortmund jedoch kein GRÜNER Rahmen, in dem man bundespolitische Fragen hätte diskutieren können. Schließlich ist auch GRÜNE Politik – fernab von Berlin – vor allem eins: Lokalpolitik. Doch das muss nicht sein. Denn seit Herbst 2010 bietet die AG Bundespolitik allen Mitgliedern der Dortmunder GRÜNEN sowie allen Interessierten an GRÜNER Politik ein Forum, in dem bundespolitische Themen diskutiert werden können.

In den bislang drei Ausgaben der AG Bundespolitik ging es um das im Herbst 2010 verabschiedete Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung, das bedingungslose Grundeinkommen sowie das Freigeld-Modell. Wie diese Themenauswahl unschwer erkennen lässt, ist

eine lebhafte Diskussion erwünscht, kontroverse Meinungen sind Teil des Konzepts.

Abgesehen davon soll aber auch die Position der GRÜNEN im Bundestag diskutiert werden. So geschehen beim bedingungslosen Grundeinkommen. Hier stellte unser Dortmunder Bundestagsabgeordneter, Markus Kurth, die GRÜNE Grundsicherung als GRÜNE Antwort auf das bedingungslose Grundeinkommen vor und berichtete von seinen Erfahrungen auf der politischen Bühne in Berlin. Und auf einmal war Dortmund dann gar nicht mehr so weit weg von Berlin ... ●

DIE AG BUNDESPOLITIK trifft sich in der Kreisgeschäftsstelle
Königswall 8, Ecke Gnadentort 14
44137 Dortmund

Die Termine werden rechtzeitig vorher auf WWW.GRUENE-DORTMUND.DE bekannt gegeben.

Kontakt: Maximilian Lange
maximilianlange@gmx.de / Tel. 0231-1 37 08 29





AUFTRAG 2011 ODER DER DAFÜR-PARTEITAG



► Im Umfragehoch, angefeuert durch Stuttgart 21, und im Zeichen der Castor-Proteste trafen sich Ende November über 700 Delegierte in Freiburg zur Bundesdelegiertenkonferenz (BDK). Wer fürchtete, hier werde sich eine Partei selbst feiern, der durfte schnell beruhigt feststellen: Hier bleibt eine Partei auf dem Teppich. Einen Teppich bekam der Bundesvorstand gleich zum Auftakt geschenkt. So waren drei Tage gekennzeichnet von engagierten, aber auch selbstkritischen Debatten.

Neben der Neuwahl des Bundesvorstands und des Parteirats standen drei Themen im Vordergrund; die Art, wie sie behandelten, zeigte, dass die GRÜNEN keine Dagegen-Partei sind sondern (wie Claudia Roth es formulierte) „von der Zukunft gezogen werden, während die anderen getrieben von der Vergangenheit sind“.

Eine über zweistündige Debatte zur Nahostpolitik endete mit der Verabschiedung eines Antrags, der die Situation differenziert analysiert und den berechtigten Ansprüchen der Konfliktparteien gleichermaßen Rechnung trägt.

Ausführlich wurde die Finanzlage der Kommunen thematisiert und betont, dass eine funktionierende Demokratie finanzstarke Kommunen braucht. Deren Anliegen sollen dementsprechend auch auf Bundesebene noch stärker Schwerpunktthema der GRÜNEN werden.

Gegen das sozial höchst ungerechte Gesundheitskonzept der Bundesregierung („Kopfpauschale“) stellten die Delegierten die GRÜNE Bürgerversicherung, bei deren Ausgestaltung man sich für eine deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf 5500 Euro aussprach. Zudem sollen nun auch Mieteinnahmen und Kapitaleinkünfte bei der Erhebung der Krankenkassenbeiträge berücksichtigt werden.

Schließlich bewiesen über 40 V-Anträge (V wie Verschiedenes), dass die Basis sich ihre Themen sucht und auch nicht scheut, Kontroversen anzugehen. So wurde nach einer kurzen, aber sehr lebhaft geführten Debatte über die Olympiabewerbung abgestimmt. Dass Claudia Roth sich entsprechend des Votums sogleich aus dem Olympiakuratorium zurückzog, bewies, dass das Verhältnis Basis-Parteiführung stimmt.

Nett war schließlich die Einlage eines Delegierten, der auf die selbstgestellte Frage, ob wir eine Neinsager-Partei seien, mit „Nein!“ antwortete, um sogleich zu ergänzen, dass hinter jedem Nein bei uns auch ein Dafür steht, ein Dafür im Zeichen einer zukunftsorientierten, ökologisch innovativen und sozial verantwortlichen Politik. In diesem Sinne sind die guten Umfragewerte als „Auftrag 2011“ zu verstehen.

Die Dortmunder GRÜNEN vertraten Jakoba Wenzel, Katja Bender, Remo Licandro und Tobias Herp. ●

Remo Licandro ist Sprecher des Kreisverbands Dortmund



HÖRDE FRISCHER ORTSVERBAND IM SÜDEN

Neuzugänge herzlich willkommen!

► Das beste Wahlergebnis aller Zeiten bescherte uns die letzte Kommunalwahl und wir GRÜNE in Hörde holten damit erstmalig drei Sitze in der Bezirksvertretung. Motiviert durch diesen Erfolg machten wir uns daran, wieder einen „ordentlichen GRÜNEN Ortsverband“ ins Leben zu rufen. Größtes Problem bei diesem Vorhaben war allerdings die klei-

ne Anzahl aktiver GRÜNER Mitglieder in Hörde. Gerade mal fünf bis sechs Aktive zählen wir, von denen manche noch Neulinge in Sachen GRÜNER Politik sind.

Dabei stehen in nächster Zeit durch den Strukturwandel bedingt gerade im Stadtbezirk Hörde eine Menge spannender kommunalpolitischer Aufgaben für GRÜNE Politik auf der Tagesordnung. Die Flächen Phönix See und Phoenix West werden entwickelt und gestaltet, und damit verbunden auch das Stadtzentrum Hörde. Der Hörder Bahnhof wird abgerissen und neu gebaut. Das hohe Verkehrsaufkommen muss bewältigt werden. Der Flughafen droht, Hörde mit weiterem Fluglärm zu strafen, und

die Feinstaubbelastung muss gesenkt werden. Schließlich berät im März das Verwaltungsgericht über die Wahlwiederholung.

Wie gut: Ein weiteres aktives grünes Mitglied konnten wir 2010 für unseren Ortsverband Hörde gewinnen. Deshalb hoffen wir, dass sich diese positive Tendenz auch 2011 fortsetzt und der oder die eine den Weg zu uns findet; wir freuen uns über jede Verstärkung. Denn wir wollen gute GRÜNE Politik in Hörde auch zukünftig gestalten, unsere Position weiter ausbauen und die große SPD-CDU-Koalition durchbrechen. ●

Bettina Markert ist Sprecherin des Ortsverbands Hörde

BEITRITTSERKLÄRUNG



Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(bitte deutlich in Druckbuchstaben)

Name _____

Vorname _____

Geschlecht weiblich männlich

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon/Fax _____

Handy _____

E-Mail _____

Beruf _____

geboren am _____ in _____

Staatsangehörigkeit _____

Wird vom Vorstand ausgefüllt: Mitgliedsnummer _____

Aufnahmedatum _____

Unterschrift Vorstand _____

Mitgliedsbeitrag:

Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Gemäß der Beitragsordnung zahlen Mitglieder mit steuerpflichtigem Einkommen mindestens 1 % ihres monatlichen Nettoeinkommens. Von diesem Betrag werden 50% von der Steuer zurückerstattet! Mitglieder ohne steuerpflichtiges Einkommen werden gebeten, mindestens 6 € im Monat zu zahlen. Ausnahmen hiervon können beim Vorstand beantragt werden.

Ich zahle laut Beitragsordnung einen festen Mitgliedsbeitrag von monatlich _____ €

Ich zahle: quartalsweise halbjährlich jährlich im voraus.

Ermächtigung zum Einzug mittels Lastschrift (macht uns das Leben leichter).
Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich, den Mitgliedsbeitrag mittels Lastschrift zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank _____

BLZ _____

KTO-Nr. _____

Unterschrift _____

Daten:

Ich bin damit einverstanden, dass diese Daten im Rahmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verarbeitet und gespeichert werden.

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!

Bündnis 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/121171 · Fax.: 0231/121164

E-Mail: info@gruene-dortmund.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

Öffnungszeiten: Montags von 11.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

Kreisgeschäftsführerin: Martina Müller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/5022078 · Fax.: 0231/5022094

E-Mail: fraktion@gruene-do.de · Internet: www.gruene-dortmund.de

AnsprechpartnerInnen im Büro:

Petra Kesper Fachbereiche Ökologie, Wirtschaft und Stadtplanung

Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder, Jugend und Kultur

Manuela Meyer Büromanagement

GRÜNE Jugend Dortmund

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: info@gjdo.de · Internet: www.gjdo.de

Sprecherin: Marie-Theres Dittrich - E-Mail: maarie@gjdo.de

Sprecher: Tim Utz Krause - E-Mail: tim@gjdo.de

TERMINE

Eine herzliche Einladung an alle GRÜNEN, alle FreundInnen der GRÜNEN und alle Interessierten: Unsere Veranstaltungen sind öffentlich – kommt und diskutiert mit!

NEUJAHRSEMPFANG

20. Februar 2011, 11:00 Uhr im Kreisverbandsbüro, Königswall 8

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SCHULE UND BILDUNG

26. März 2011, 10:30 Uhr im Kreisverbandsbüro, Königswall 8

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

30. März 2011, 19:00 Uhr im Kreisverbandsbüro, Königswall 8

Gedenktag 25 JAHRE TSCHERNOBYL

26. April 2011 an der Reinoldikirche

Mitgliederversammlung zum THEMA „INKLUSION“

18. Mai 2011, 19:00 Uhr im Kreisverbandsbüro, Königswall 8

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ

28./29. Mai 2011 in Emsdetten

IMPRESSUM: GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)
Tel. 0231 - 12 11 71 • info@gruene-dortmund.de

V. I. S. D. P.: Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

FOTOS: Benito Barajas (2), Katja Bender (4, 5, 14), Tim Utz Krause (14),
Gerd Schmedes (1, 2, 3, 6, 7, 8, 9, 13, 15, 16)

REDAKTION: Jens Woelki

LAYOUT: Gerd Schmedes -> gabak artistic advice

DRUCK: Druckwerk Kollektiv GmbH, Dortmund

AUFLAGE: 1.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.

